

## Konkrete Forderungen

- Beteiligung der Sozialverbände an der Entwicklung der Schulentwicklungspläne.

Die Beteiligung des Sozialverbandes VdK hat entgegen der Beauftragung durch den Schul- und Bildungsausschuss am 24.11.2010 (Seite 12 des SEP 6 Sek I) bislang nicht stattgefunden.

Auftrag zur Beteiligung der Sozialverbände bei den SEP zur Primarstufe fehlt vollends.

Es ist weiterhin nicht erkennbar,

- ob und welche Weiterbildungsmaßnahmen für das Lehrpersonal vorgesehen sind,
- welche Maßnahmen hinsichtlich zusätzlichen Lehrpersonals ergriffen wurden und
- welche Baumaßnahmen in welchen Schulen erforderlich sind, um Inklusion realisieren zu können.

- Darstellung der notwendigen inklusionsorientierten Maßnahmen im Bereich der Erwachsenenbildung
- Darstellung der Maßnahmen im Bereich Kitas/Kindergärten, insbesondere zur gezielten Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern im Thema „Inklusion!“

## Hier finden Sie uns



SOZIALVERBAND  
**VdK**  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
KREISVERBAND MÖNCHENGLADBACH

Friedhofstraße 39  
41236 Mönchengladbach  
Telefon (0 21 66) 24 85 14  
Telefax (0 21 66) 2 11 32  
eMail: kv@vdk-moenchengladbach.de  
Internet: www.vdk-moenchengladbach.de

**Beratungen: Mittwoch: 8:30 - 11:30 Uhr  
und nach Vereinbarung**

# Statement zum Thema „Inklusion“ in Mönchengladbach

*anlässlich der  
Diskussionsveranstaltung der  
SPD-Landtagsfraktion am  
11.12.2012  
in Mönchengladbach  
mit dem Thema:*

**„Auf dem Weg in ein  
inklusives NRW“**

## Handlungsbedarf

Die geplante Umsetzung der UN-Behinder-tenrechtskonvention (BRK) in Bund und Ländern vielfach auch unter der Überschrift „Inklusion“ plakativ dargestellt, lässt bei vielen Bürgern, den Sozialverbänden und sonstigen Hilfsorganisationen den Eindruck entstehen, dass jetzt und sehr aktuell akuter Handlungsbedarf erkannt worden ist und dringend politische Entscheidungen getroffen werden müssen.

Wenn wir aus Sicht der Betroffenen zurück-blicken, können wir feststellen, dass es bereits eine Vielzahl vorbildlicher Ansätze gab, die eine wesentliche Verbesserung der Lebenssituation von behinderten Menschen vorsahen.

Beispielsweise:

- Aktionsplan der Europäischen Union aus 2003
- Charta von Barcelona
- Agenda 22
- Behindertengleichstellungsgesetz
- Übereinkommen zwischen Österreich, Schweiz, Liechtenstein und Deutschland
- Berücksichtigung der Barrierefreiheit in der Landesbauordnung NRW

Leider blieb es in vielen Fällen jedoch eben nur bei den „Ansätzen“!

Es hätte in den vergangenen Jahren schon viel verbessert werden können, wenn bei allen politisch Verantwortlichen auch der Wille dazu vorhanden gewesen wäre!

## Konkrete Forderungen

### Nordrhein-Westfalen

Aktuell liegt nun ein Aktionsplan der Landesregierung NRW vor, der allerdings bislang keine konkreten „Aktionen“ erkennen lässt.

Konkret fehlt u.a. es an:

- Einbindung der Verbände in Planungen, beispielsweise hinsichtlich der NRW-Schulgesetzgebung.
- Verankerung der Technischen Normen nach DIN 18040 im Rahmen der Aktualisierung der Landesbauordnung, damit die gesetzliche Verbindlichkeit über die Einhaltung der darin verankerten Regeln gegeben ist
- Konsequente, zielgerichtete Ausbildung des Lehrpersonals
- Transparenter Zeitplan für die Bereit-stellung zusätzlichen Lehrpersonals

### Mönchengladbach

Für unsere Stadt fordern wir u.a.:

- Umgehende Besetzung der Position des Inklusionsbeauftragten, der in dieser Funktion auch Behindertenbeauftragter ist und dessen Einbindung in sämtliche inklusions- und behindertenrelevanten Vorgänge in der Verwaltung

## Konkrete Forderungen

- Aufnahme eines Passus „Auswirkungen auf Belange von Behinderten“ in alle Beratungsvorlagen, um die wir schon in unserem Schreiben vom 06.08.2010 gebeten hatten.

OB Norbert Bude lehnte unsere Bitte ohne jegliche Erläuterung oder Begründung ab.

Zitat: „Ein entsprechender Absatz in den Beratungsunterlagen wird seitens der Verwaltung als nicht notwendig angesehen.“ (Zitat Ende).

Unsere Bitte um Unterstützung an die SPD-Fraktion wurde am 08.11.2010 (also 3 Monate später) lapidar mit dem Hinweis beantwortet: „Für weitere Rückfragen steht die Vorsitzende des Sozialausschusses Monika Berten zur Verfügung“.

Eine inhaltlich nachvollziehbare Antwort der SPD blieb aus.

- Konsequente Einbindung des VdK und anderer Behindertenverbände in die örtlichen Planungen, was aktuell bei der Baumaßnahme „Tiefgarage Marktplatz“ unterblieben ist und nur zufällig auf Initiative des VdK-Kreisverbandes Mön-chengladbach nachträglich geschah.